

## **Kritik an Gebeten vor der Blauen Moschee: Anwohner und CDU fordern Lösung**

Anwohner der Blauen Moschee kämpfen gegen Lärmbelästigung durch Gebets-Demos. Bezirksamt prüft Antrag, CDU äußert Kritik.

Die Blaue Moschee an der Außenalster in Hamburg ist seit mehr als einem Monat geschlossen, doch das hindert zahlreiche Gläubige nicht daran, jeden Freitag vor der Einrichtung zusammenzukommen, um zu beten. Während die Moschee selbst geschlossen bleibt, sind diese öffentlich durchgeführten Gebete zum Thema eines breiten Protestes unter den Anwohnern geworden, die sich zunehmend über die Lautstärke und die damit verbundenen Verkehrseinschränkungen beschweren.

Jeden Freitag, wenn die Menschen vor der Moschee ihre Gebetsteppiche auslegen, wird die Stimmung angespannt. Die anwesenden Gläubigen folgen dem Prediger, der mit einem Mikrofon und Lautsprecher spricht. Dies führt dazu, dass die Predigten nicht nur von den betenden Menschen gehört werden, sondern das laute Gebet auch bis in die angrenzenden Wohngebiete dringt. Die Beschwerden der Nachbarn, die sich in lokalen Medien geäußert haben, zeigen deutlich, dass die Situation als unangenehm empfunden wird.

### **Politische Reaktionen auf die Gebetsdemos**

Nicht nur die Anwohner, sondern auch politische Stimmen haben sich zu dem Thema geäußert. Die CDU Hamburg, vertreten

durch ihren Landes- und Fraktionschef Dennis Thering, begrüßt zwar die Schließung der Moschee, betrachtet jedoch die laufenden öffentlichen Gebete als „unhaltbaren Zustand“. Auf einer Pressekonferenz erklärte Thering: „Es geht nicht an, dass für Predigten jeden Freitag Straßen gesperrt werden und ein großes Polizeiaufgebot anrücken muss.“ Die CDU fordert klare Lösungen und nennt es inakzeptabel, dass dieser Zustand länger andauern dürfte.

Thering bezieht sich auf das Verbot des Islamischen Zentrums Hamburg (IZH), das vom Verfassungsschutz als extremistisch eingestuft wurde, und fordert, dass die Behörden besser vorbereitet auf die möglichen Konsequenzen des Verbots hätten reagieren müssen. „Der Senat hätte die Auswirkungen gut bedenken müssen“, fügte er hinzu und kritisierte die Gebete als eine zusätzliche Belastung für die Anwohner.

## **Das Bezirksamt und die laufenden Prüfungen**

Das Bezirksamt Nord ist als Reaktionsstelle ebenfalls in die Diskussion verwickelt. Ein Sprecher des Bezirksamts, Alexander Fricke, hat die laufende Prüfung eines Sonderantrags für die Genehmigung der öffentlichen Gebete bestätigt, die am Montag eingereicht wurde. Die Behörde wird die Unterlagen sorgfältig prüfen müssen, was einige Tage in Anspruch nehmen kann. Dennoch hat das Bezirksamt entschieden, die Gebete bis Donnerstag und Freitag dieser Woche zunächst weiterhin zu dulden.

Die Polizei Hamburg hat ebenfalls betont, dass sie im Falle einer Lärmbelästigung eingreifen wird. Es bleibt abzuwarten, wie lange die Gebete mit der aktuell gestörten Nachtruhe und den Straßensperrungen fortgeführt werden können. Die anhaltenden Unruhen um die Blaue Moschee werfen Fragen darüber auf, wie religiöse Praktiken in städtischen Umgebungen koexistieren und wie die Behörden auf solche Konflikte reagieren.

Inmitten dieser Konflikte und Spannungen bleibt unklar, wie die Zukunft der Moschee und der damit verbundenen Gebetspraktiken aussieht. Die letzten Entscheidungen könnten wegweisend sein für zukünftige Situationen ähnlicher Art, in denen religiöse Versammlungen auf Widerstand aus der Nachbarschaft stoßen. Die Aufmerksamkeit auf diesen Fall könnte auch eine breitere Diskussion über die Rechte von Gläubigen und die gesetzlichen Rahmenbedingungen zum Ausdruck bringen.

## **Die Herausforderungen der Religionsausübung im urbanen Raum**

Diese Entwicklungen sind mehr als ein lokales Problem. Sie spiegeln einen nationalen Trend wider, in dem religiöse Praktiken auf städtische Realitäten treffen, die nicht immer harmonisch sind. In vielen deutschen Städten kämpfen religiöse Gemeinschaften mit ähnlichen Herausforderungen, die zwischen den Bedürfnissen der Gläubigen und den Rechten der Nachbarn ausgewogen werden müssen. Die Herausforderungen der Religionsausübung im urbanen Raum erfordern Sensibilität und ein sorgfältiges Abwägen der Interessen aller Beteiligten.

## **Hintergrundinformation zur Blauen Moschee**

Die Blaue Moschee, offiziell bekannt als Islamisches Zentrum Hamburg (IZH), wurde 1965 gegründet und ist eine der ältesten Moscheen in der Hansestadt. Sie diente nicht nur als Gebetsstätte, sondern auch als kulturelles Zentrum für die muslimische Gemeinschaft in Hamburg. Im Laufe der Jahre hat sich das IZH zu einem wichtigen Anlaufpunkt für Muslime aus verschiedenen Herkunftsländern entwickelt. Die Moschee war jedoch auch immer wieder Ziel von politischer und medialer Aufmerksamkeit, insbesondere durch ihre Verbindungen zu Organisationen, die als extremistisch eingestuft werden.

Die Schließung der Moschee im Juli 2023 kam als Reaktion auf Berichte über extremistische Aktivitäten und Verbindungen zum iranischen Regime. Der Bundesinnenminister Nancy Faeser (SPD) erklärte, dass die Schließung notwendig sei, um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten und extremistische Ideologien zu bekämpfen. Diese Maßnahme stellte jedoch auch die Frage nach der Religionsfreiheit und dem Recht auf Versammlung in Deutschland in den Mittelpunkt der Debatte.

## **Statistiken und Daten zu religiösen Versammlungen**

Im Jahr 2021 belief sich die Anzahl der Muslime in Deutschland auf etwa 5,3 Millionen, laut Schätzungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Mit einem Anteil von rund 6,5 Prozent an der Gesamtbevölkerung ist die muslimische Gemeinschaft eine bedeutende und wachsende Gruppe in der deutschen Gesellschaft. Religiöse Versammlungen, insbesondere während der Freitagsgebete, sind für viele Muslime ein wesentlicher Bestandteil ihres Glaubens. Die Einhaltung von Traditionen und gemeinschaftlichen Gebeten ist zentral für den Glauben, und viele Moscheen in Deutschland haben daher regelmäßig hohe Besucherzahlen während dieser Veranstaltungen.

Eine Umfrage des Pew Research Centers zeigte 2020, dass etwa 53 Prozent der Muslime in Deutschland angaben, mindestens einmal pro Woche eine Moschee zu besuchen. Dies lässt darauf schließen, dass der soziale und kulturelle Zusammenhalt innerhalb der muslimischen Gemeinschaft durch solche Versammlungen gefördert wird. Die Diskussion um die Blaue Moschee hebt jedoch die Spannungen zwischen religiösen Praktiken und den Bedürfnissen der Anwohner hervor. Durch die Schließung der Moschee und die anschließenden öffentlichen Gebete wird eine Debatte darüber angestoßen, wie religiöse Praktiken in urbanen Räumen koexistieren können.

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://n-ag.de)**